



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Skudelny: Rundfunkfinanzierung reformieren, um GEZ abzuschaffen

(07.05.2010) "Schon GEZahlt?" Absender dieser in Funk und Fernsehen gestellten Frage ist die Gebühreneinzugszentrale (GEZ). Sie ist genau genommen eine Behörde der Bundesregierung und darf seit 1976 von jedem Bürger Rundfunkgebühren erheben, wenn in dessen Haushalt ein empfangsbereites Rundfunk- oder Fernsehgerät vorhanden ist. Grundlage ist der Rundfunkfinanzierungsvertrag. Seit langem gibt es immer wieder Klagen gegen die Arbeitspraxis der GEZ. Grund für Kritik an der GEZ-Praxis ist die Gebührenforderung auf Grundlage einer Vermutung über das Fernsehverhalten. Denn es ist nicht entscheidend, ob die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksender genutzt werden, sondern ob sie genutzt werden könnten. Außerdem bedient sich die GEZ für ihre Arbeit der Datenquellen des Einwohnermeldeamtes. Sie hat so über 40 Millionen Datensätze - eine der umfassendsten Datensammlung über deutsche Bürger. Zwar gibt es die Möglichkeit, sich von der Gebührenpflicht in Ausnahmefällen befreien zu lassen. Wann dies jedoch gewährt wird, bleibt oft unklar. Eine Kontrolle dieser Praxis durch eine unabhängige Behörde fehlt bisher völlig. Daher hatte sich die FDP in der Vergangenheit immer für die Abschaffung der GEZ in dieser Organisationsform ausgesprochen und das auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben.

Der frühere Verfassungsrichter Professor Paul Kirchhof hat nun mit seinem Gutachten zur Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (u.a. ARD, ZDF, Deutschlandfunk, etc.) den Weg zu einem Modell der Haushaltsabgabe geebnet. Das Konzept sieht ohne Ausnahmen eine Gebühr für alle Haushalte vor. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus dem Landkreis Esslingen zeigte sich darüber erfreut. „Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Esslingen haben sich bei mir immer wieder über die Schnüffel-Methoden der GEZ beschwert. Zudem erzeugt die GEZ durch ihren Verwaltungsapparat, durch die fragwürdigen Ermittlungsmethoden und durch unklare Befreiungstatbestände zu Recht Unverständnis beim Gebührenzahler. Damit muss Schluss ein, so Judith Skudelny.

Die FDP favorisiert stattdessen die Einführung der Medienabgabe, die treuhändisch und damit staatsfern von den Finanzämtern eingezogen würde. Jeder einkommenssteuerpflichtige Bürger müsste nur einmal zahlen, unabhängig ob mehrere Empfangsgeräte oder mehrere Wohnsitze genutzt werden. Damit würde das Problem der sogenannten „Schwarzseher“ entfallen und die Akzeptanz in der Bevölkerung für einen öffentlich finanzierten Rundfunk immens erhöht. Durch die Abschaffung der Behörde GEZ und dem Wegfall der „Schwarzseher“ sieht Skudelny sogar die Möglichkeit, dass der momentan maximal von einem Haushalt zu zahlenden Betrag 17,98 Euro sinken werde“.